



VERTRAULICH

P.B. Nr. 40/90 - SPE/GA

Moskau, den 15. September 1990

Das 500-Tage-Programm Professor Šatalins

Auch am 4. Sitzungstag der 4. Session des Obersten Sowjet der UdSSR, die der Diskussion der verschiedenen Programme im Hinblick auf den Uebergang zur "regulierten Marktwirtschaft" gewidmet sein soll, sind die Abgeordneten immer noch nicht im Besitz der relevanten Texte.

Ausser dem müden Mammutvortrag eines immer mehr in die Ecke gedrängten Premiers Ryz'kov liegt den Deputierten etwa das von Gorbačëv und El'cin gemeinsam in Auftrag gegebene Programm Professor Šatalins nicht vollständig vor. Offenbar versucht Parlamentspräsident Luk'janov bewusst, dem ohnehin von vornherein unpopulären Regierungsprogramm einen Vergleich mit den anderen Konzepten zu ersparen.

Obwohl das von Šatalin und seiner Arbeitsgruppe ausgearbeitete Konzept nicht vollständig veröffentlicht ist, sind dennoch seine breiten Umrisse bekannt: Es handelt sich um ein auf 500 Tage ausgelegtes Programm, das sechs Punkte enthält, welche in vier Etappen verwirklicht werden sollen.

Der Plan soll im folgenden anhand der noch bruchstückhaften Information kurz skizziert werden.

1. Rechtliche Garantien

Das Recht auf eine "beliebige wirtschaftliche Tätigkeit" und eine "beliebige Art des Besitzes" wird garantiert. Dieses Recht gilt in gleicher Weise für sowjetische und ausländische Staatsangehörige, Betriebe und Organisationen.

2. "Entstaatlichung"

Privatisiert werden sollen in erster Linie kleine und mittlere Betriebe, die im Dienstleistungssektor und in der Herstellung von Konsumgütern tätig sind. Grosse Industrieunternehmen werden in Aktiengesellschaften umgewandelt.

3. Budgetpolitik

Subventionen - in der Sowjetunion "Dotationen" genannt - für verlustbringende Betriebe und für die Landwirtschaft sowie die Verteidigungsausgaben werden reduziert.

Es wird eine Steuerreform durchgeführt, wobei die Einkommenssteuer stärker als die "Gewinnsteuer" ansteigen soll. Ziel ist die Stimulierung nicht des privaten Konsums, sondern der unternehmerischen

./.

Initiative und der Investitionstätigkeit. Im Bankensektor wird ein klassisches "zweistufiges" System errichtet. Die bisherige Gosbank (Staatsbank) wird als Zentralbank fungieren, während deren bisherige Zweigstellen in Geschäftsbanken umgewandelt werden.

4. Aussenwirtschaftspolitik

Die neue Politik geht davon aus, dass eine Stabilisierung der sowjetischen Wirtschaft ohne grosse ausländische Anleihen und ohne bedeutende Investitionen ausländischer Anleger nicht gelingen kann. In einer ersten Phase sollen Verhandlungen über die Gewährung günstiger "stabilisierender Kredite" geführt werden. Der Rubel soll abgewertet und ein einheitlicher Kurs für kommerzielle und nichtkommerzielle Transaktionen festgesetzt werden.

Es werden ausserdem unverzüglich Massnahmen eingeleitet, damit die ausländischen Debitoren ihre Schulden in der UdSSR tilgen.

5. Agrarreform

Die Gleichberechtigung aller Eigentumsformen soll garantiert werden. Subventionen werden stark reduziert und nur noch als Anreiz für die Produktion bestimmter Erzeugnisse ausbezahlt. Das Eigentum verlustbringender Sowchosen wird verkauft, während dasjenige der bankrotten Kolchosen an deren Mitglieder verteilt wird.

Es wird ein Markt für Agrarland sowie eine Warenbörse für "materiell-technische Ausrüstung" geschaffen.

Der Goszakaz ("Staatsbestellung", die manchmal bis zu 100% der Produktion eines Betriebes ausmachte), wird nur noch für ein, zwei besonders wichtige Produkte zugelassen. Dasselbe gilt für die staatliche Preiskontrolle. Schliesslich werden sämtliche Beschränkungen hinsichtlich des Verkaufs landwirtschaftlicher Erzeugnisse abgeschafft.

6. Soziale Garantien

Der Staat verzichtet auf die Gewährung einer Beschäftigungsgarantie. Folgende sozialen Schutzmassnahmen werden eingeführt: Abgabe von "Karten" für die Waren des täglichen Bedarfs, Indexierung der Einkommen.

Es werden "sämtliche in der übrigen Welt bekannten Mechanismen" zur Linderung bzw. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ins Auge gefasst: Beihilfen, Umschulung, Heranziehung zu "öffentlichen Arbeiten".

Für bestimmte gesellschaftliche Gruppen werden ausserdem konkrete "Sozialprogramme" ausgearbeitet.

Die Reform soll in vier Etappen durchgeführt werden:

1. "Vorbereitende Etappe"

Gesetzesänderungen, Massnahmen zur Gewährleistung des Rechts auf Eigentum, Abgabe des Wohnraumes und des Bodens an die Bürger, Betriebe und Organisationen, Inventarisierung des staatlichen Besitzes, Abklärung des Umfangs der Innen- und Aussenschuld, Beginn des Verkaufs der staatlichen Betriebe.

2. Etappe - "Entstaatlichung"

Alle Formen der "Entstaatlichung" im wesentlichen der kleinen und mittleren Betriebe werden angewendet. Es wird ein grosser nicht-staatlicher Sektor geschaffen, der zur freien Preisbildung übergeht. Gleichzeitig wird die Steuerreform durchgeführt, die Gesetzgebung vervollkommen und die Bankreform realisiert.

3. Etappe "Ingangsetzung des Marktmechanismus"

Sobald der Prozess der Privatisierung an Tempo gewonnen hat, beginnt die "strukturelle Perestrojka der Wirtschaft". Falls die Privatisierung stockt, werden "extreme, unpopuläre Massnahmen" ergriffen: Einfrierung der Ersparnisse, Eintausch der Banknoten (Geldreform). Nicht ausgeschlossen werden die Einführung zusätzlicher Steuern und der Arrest der liquiden Mittel der Unternehmen. Der "strukturelle Umbau" soll sich in einer Zurückbindung des Energie- und des Metallurgiesektors niederschlagen.

Damit verbunden ist der Bankrott und die Schliessung gewisser Betriebe. Die Folge davon ist eine "Umverteilung" der Arbeitskräfte. Diese Umstrukturierung soll nach den "Regeln der Marktwirtschaft" vor sich gehen. Der Staat mischt sich nicht ein, sondern "kümmert sich um seine Angelegenheiten, d.h. er entwickelt die Infrastruktur".

4. Etappe "Stabilisierung"

Nach dem Verebben der "strukturellen Krise", die sich in einer Verlangsamung des Produktionsrückgangs in der "Basisindustrie", in einem Wachstum bei den Konsumwaren und deren Verbilligung ausdrückt, tritt die Phase der Stabilisierung ein.

"Stabilisierungsprogramme" dienen dazu, die grössten "Disproportionen" zu beseitigen, den sozialen Schutz der Bevölkerung zu vervollkommen und die Preise mit "ökonomischen Methoden zu regeln".

Die für die Stabilisierung benötigten "Ressourcen" sind "verschiedenster Natur bis hin zu ausländischer Hilfe".

Eine detaillierte Analyse des Programms ist hier nicht möglich. Es seien deshalb nur einige wichtige Punkte herausgegriffen. Die Autoren setzen insbesondere auf eine breitgefächerte Privatisierung, in

- 4 -

der sie eine Art Panazee für die marode Sowjetwirtschaft erblicken. Šatalin glaubt, man könne binnen 4 Monaten Staatsbesitz im Wert von 70 - 100 Mia. Rubel an "Private" verkaufen. Die Erfahrung etwa Polens, das der Privatisierung ebenfalls höchste Priorität einräumt, zeigt, dass diese Operation mit schier unüberwindlichen Schwierigkeiten verbunden ist. So werden 1990 von 8000 Betrieben ganze 90 privatisiert, und dies in einem Land, in dem die Privatinitiative nicht wie in der UdSSR mit Stumpf und Stiel ausgerottet worden war. In der Sowjetunion fehlen den potentiellen Kleinunternehmern ganz einfach die elementarsten Kenntnisse über das Funktionieren der Marktwirtschaft. Hinzu kommt das fehlende Vertrauen in die Beständigkeit der in Aussicht gestellten Reformen. Der Sowjetbürger geht nach seinen Erfahrungen davon aus, dass er schon morgen um die Früchte seiner Aufbauleistung in einem eigenen Betrieb geprellt werden könnte. In dieser Situation ist ein Scheitern der Privatisierungskampagne geradezu vorprogrammiert. Man kann sich unschwer vorstellen, wie der bereits durch ständige Mangelerscheinungen gebeutelte Sowjetbürger auf die im 500-Tage-Programm vorgesehenen konfiskatorischen Massnahmen reagieren wird. Diese beinhalten nicht nur ein "Einfrieren" der Ersparnisse, sondern sogar die Beschlagnahmung von Guthaben ab einer gewissen Höhe.

Andererseits scheinen die Autoren davon auszugehen, dass der Verkauf von Staatsbesitz genug Geld bindet, um den Druck auf den Konsumgütermarkt zu verringern. Es ist allerdings nicht einzusehen, weshalb der Sowjetbürger, einmal im Besitz seiner eigenen Wohnung, weniger Lust auf Wurst haben sollte. Der Sowjetmensch ist ja nicht so sehr auf Jagd nach Luxusgütern, sondern er sucht ständig nach den primitivsten Waren des täglichen Bedarfs.

Eine Privatisierung etwa des Handels ist in sowjetischen Verhältnissen auch aus folgenden Gründen nicht unproblematisch. Infolge der insbesondere in ländlichen Gegenden ungenügenden Anzahl Läden würden sich diese nach einem Wegfall staatlicher Preise in einer ausgesprochenen Monopolstellung befinden, was der von den Autoren angestrebten Einführung des "Marktmechanismus" nicht besonders förderlich sein dürfte.

Fazit:

Die von Šatalin vorgesehene Schocktherapie, die für die Sowjetunion noch vor dem Sommer von allen Fachleuten einhellig abgelehnt worden war, wird die Katastrophe, auf die sich das Land zubewegt, noch zusätzlich beschleunigen, da die sowjetische Bevölkerung auf diese einmalige Rosskur in keiner Weise vorbereitet ist.

Der Schweizerische Botschafter

F. Pianca.

(F. Pianca)

Kopie an:

- Herrn Staatssekretär F. Blankart, BAWI
- Herrn Botschafter S. Arioli, BAWI